



Abschlussveranstaltung „Deutschland und der Ukraine-Konflikt“

11.04. 2016, Berlin

Redebeiträge der Teilnehmer

Es gilt das gesprochene Wort.

PROBLEMURSACHEN

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Botschaftsrat, Herr Staatsminister,

ich darf Ihnen nun einen Teil des Arbeitsergebnisses des Diskurses der Atlantischen Initiative „Deutschlands Agenda – der (sogenannte) Ukraine-Konflikt“ vorstellen. Die Präsentation des Arbeitsergebnisses wird in vier Teilen erfolgen. Den ersten Teil, der sich mit den Ursachen des Konfliktes befasst, werde ich gleich darstellen. Daran schließt sich dann der zweite Komplex: „Lösungsmöglichkeiten für einen dauerhaften Frieden in Europa“ an. Dieser Komplex bildet den Schwerpunkt unserer Arbeit und ist seinerseits in drei Unterabschnitte gegliedert. Im ersten Abschnitt wird auf der internationalen Ebene unter der Vision eines gemeinsamen „europäischen Hauses“ die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer Integration der Ukraine in die EU erörtert werden. Im zweiten Teil soll es dem Grundgedanken folgend, dass der „Schlüssel“ zu einer Friedenslösung in Moskau liegt, um die Stärkung der dortigen Zivilgesellschaft auf trilateraler Ebene gehen. Der abschließende dritte Teil widmet sich explizit den ukrainischen Akteuren und der Unterstützung der Reformkräfte durch die Europäische Union und Deutschland in ihrem Bemühen um eine rechtstaatliche, prosperierende Ukraine. Auch hier liegt der Fokus insbesondere auf der Zivilgesellschaft.

Wenn ich nun über das Arbeitsergebnis zur Ursachenforschung des Krieges in der Ukraine sprechen soll, so muss zunächst feststellen, dass ich Ihnen auch nach 10.000 Toten und mehr als 2 Millionen Vertriebenen keinen Konsens der Teilnehmer über die Ursachen vorstellen kann. Ich denke, dass sich in unserer Diskussionsrunde das Bild gezeigt hat, welches wir auch im öffentlichen Raum zu Genüge beobachten können. Der Widerspruch besteht bei weitem nicht zwischen allen Teilnehmern, dafür für einer kleinen Teil, der umso vehementer und emotionaler argumentiert. Wir sind uns jedoch einig, dass dies auf die Informationspolitik Russlands zurückzuführen ist, zu der man wiederum auch unterschiedlich stehen kann.

Die Bruchstelle verläuft dabei durch drei Ebenen: die innerukrainische Situation, das Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine, und Russland im internationalem Kontext.



Zunächst der Widerspruch beim Blick auf die innerukrainische Situation im Frühjahr 2014: Zwar gibt es Einigkeit dahingehend, dass die Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union durch den Ex-Präsidenten Janukowitsch Auslöser für den Majdan war. In der Bewertung des Majdan bestehen aber diametrale Unterschiede. Es gibt eine Ansicht, nach der Majdan der Auslöser des Krieges sei, weil er ein tiefgespaltenes, künstlich geschaffenes Land, zwischen Ost- und West, Sprachen, Ethnien und Kulturen zerrissen habe. Dem gegenüber steht das Sinnbild des Majdans als „Revolution der Würde“. Dieses versteht die Proteste als Aufstand einer heterogenen Bürgerschicht über die religiösen, kulturellen und sprachlichen Familien hinweg gegen eine autokratische Willkürherrschaft mit immer kleptokratischeren Zügen, auf deren Überwindung durch die europäischen Regeln und Werte die Menschen gehofft hatten und sich dieser Hoffnung durch die Nichtunterzeichnung nun beraubt sahen.

Von letzterer Ansicht ausgehend liegt der Grund für den Krieg in Russlands innenpolitischen Verhältnissen und der Beziehung Russlands zur Ukraine. Nach den Duma-Wahlen 2011 fürchtete die russische Regierung eine Demokratisierung im eigenen Land. Sollte es in einem postsowjetischen Land gelingen eine solche Entwicklung erfolgreich durchzuführen, könnte dies ein Vorbild für die demokratische Opposition in Russland sein. Dies umso mehr, weil Moskau bis zuletzt versuchte, die Ukraine als Teil des eigenen Landes darzustellen und etwa durch den „Gaskrieg“ 2009 an unabhängigen Entscheidungen zu hindern. Der Krieg wird gegen die Ukraine daher von Russland als außenpolitisches Mittel zur Überwindung innenpolitischer Schwäche geführt. Die Gegenmeinung sieht Russland lediglich außenpolitisch betroffen: So habe Russland das Projekt der Eurasischen Union ohne die Ukraine als gefährdet angesehen, da ein Freihandel der Ukraine mit der EU den russischen Protektionismus untergraben hätte. Dies sei jedoch nicht so entscheidend. Weit wichtiger sei die militärische Bedrohungssituation für Russland durch das Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der Europäischen Union gewesen, auch wenn die Russische Föderation mit dem Krieg in der Ukraine im Übrigen nichts zu tun hätte.

Womit ich bei der dritten Ebene: „Russland im internationalen Kontext“ angekommen bin. Wie gerade erwähnt, wird insoweit vertreten, dass Russland durch die Nato bedroht wurde, weil die Assoziierung der Ukraine eine Vorstufe zu einer Vollmitgliedschaft gewesen sei und die EU-Mitgliedschaft zwangsläufig zu einer Nato-Mitgliedschaft führen werde. Zudem sei Russland durch die eigenstaatlichen Entscheidungen ehemaliger Sowjetvölker gedemütigt worden und wolle nun wieder auf „Augenhöhe“ wahrgenommen werden. Auf der Gegenseite steht die Einstellung zur Ukraine als souveränes Subjekt des Völkerrechts, das lediglich ein Handelsabkommen abgeschlossen habe, aus dem sich weder eine Beitrittsperspektive zur EU und schon gar nicht zur Nato ergibt. Zudem sind längst nicht alle



Mitglieder der EU Mitglieder der Nato. Im Übrigen gab es weder die Bestrebung der Ukraine, noch eine Mehrheit in der Ukraine für einen Nato-Beitritt, ganz vom Widerstand einiger Natomitglieder gegen eine ukrainische Beitrittsperspektive abgesehen.

Mit diesem uneinheitlichen Bild schließe ich meine Ausführungen.

Vorgetragen von Christian Pieper, ausgearbeitet von Christian Piper und Valentyn Kyrychenko.

LÖSUNGSANSÄTZE

Unsere Vision ist die eines gemeinsamen europäischen Hauses, wie von den Müttern und Vätern der europäischen Einheit konzipiert. In diesem Haus gibt es Platz sowohl für die Ukrainer als auch für die Russen.

Dennoch müssen wir feststellen: Der Ukraine-Konflikt eskalierte durch die Einmischung Russlands.

Im Laufe der Diskussion haben sich zwei Modelle für die außenpolitische Strategie für die Ukraine herauskristallisiert:

- Neutralität bzw. Blockfreiheit. Dabei soll sich die Ukraine nicht zu einer „Pufferzone“ entwickeln, sondern als eine Brücke zwischen West und Ost dienen und einen kulturpolitischen und wirtschaftlichen Transfer ermöglichen.
- Klare EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine unter Einhaltung der vorgeschriebenen Kriterien. Sie soll als Reformbeschleuniger im Inneren funktionieren, wie es bei den zentraleuropäischen Staaten in den 1990er-2000-er Jahren der Fall war.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bekannten sich zur sicherheitspolitischen Architektur in Europa auf Grundlage des internationalen Völkerrechts. Wichtig dafür sei das Minsker Abkommen. Für den Fall der Verletzung des Abkommens, zum Beispiel durch Russland, war eine große Palette der Gegenmaßnahmen im Gespräch, von der Verschärfung der Sanktionen bis zur rhetorischen Möglichkeit von Waffenlieferungen an Kiew, was besonders kontrovers ausdiskutiert wurde.



Ferner wurde die Idee eines Marshall-Plans für die Ukraine in Aussicht gestellt. Dadurch sollte gezielte Unterstützung für die marode ukrainische Wirtschaft, auch hier gekoppelt an Modernisierungsmaßnahmen, gewährleistet werden.

Vorgetragen von Dmitri Stratievski, ausgearbeitet von Dmitri Stratievski und Julian Beimes.

--

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist sicher nicht möglich, in vier kurzen Minuten die gesamte Komplexität unserer Vorschläge präsentieren.

Deswegen haben wir uns entschlossen, die drei aus unserer Sicht wichtigsten Punkten darzustellen.

Das sind erstens Städtepartnerschaften, zweitens Massenmedien und unabhängige Berichterstattung und drittens Jugendaustausch.

Das alles sind Instrumente der sogenannten "soft power", die langfristig dazu führen sollten und könnten, dass nicht nur die Ukraine, sondern auch Russland zu demokratischen Gesellschaften wandeln würden und dass solche Konflikte wie jetzt in der Ukraine oder besser gesagt: um die Ukraine gar nicht entstehen würden.

Das alles würden wir unter einem Motto vereinen: wir müssen mehr miteinander reden! Wir drei - Deutschland, Ukraine und natürlich auch Russland.

Nun zu den Vorschlägen.

Erstens, müssen wir auf die Generation setzen, die gar nicht in politischen oder militärischen Blöcken denkt und Europa in ihren Gedanken gar nicht erst aufteilt.

Stichwort: Dialog auf allen Ebenen, damit Menschen und vor allem jungen Menschen sowohl aus der Ukraine aber auch aus Russland möglichst früh sehen, dass die europäische Gesellschaft offen ist, auch für Sie - trotz aller kulturellen Unterschiede. Wichtig: trilaterale Jugend Konferenzen.

Zweites Stichwort: Städte Partnerschaften. Hier gilt: je mehr desto besser. Das Ziel ist gleich: offenes Gespräch, Abbau von Vorurteilen, Stärkung der zivilen Gesellschaft und dauerhaft natürlich an Ende Stärkung der Demokratie.



Kultureller Austausch gehört selbstverständlich dazu, aber auch Unterstützung für nicht staatliche Organisationen, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Drittes Stichwort: Massenmedien. Wir sind uns auch in dem Punkt einig geworden, dass die Ursachen des Konflikts zum großen Teil darin liegen, dass Russland und der demokratische Westen sich "auseinander gelebt haben". Und wir sind uns einig, dass die russische Gesellschaft, aber auch die Menschen im Osten der Ukraine mehr unabhängige Information aus professionellen Medien brauchen als jetzt.

Daher kommt der Vorschlag, das russische Programm der DW weiter massiv auszubauen, damit die Menschen in Russland besser informiert sind über das, was die Europäische Gemeinschaft anstrebt, wie sie funktioniert und warum sie keine Gefahr für Russland darstellt.

Und auch in diesem einen Punkt sind wir uns einig: es gibt kein Patent Rezept . Es gibt keine Lösung, die über Nacht Frieden in die Ukraine bringen würde. Und Russland aus ihrer Abwehrhaltung heraus bringen würde.

Aber wir sind überzeugt: Deutschland kann und muss viel mehr machen auf der gesamten Bandbreite der sogenannten soft power - denn Frieden schafft man am besten mit friedlichen Mitteln.

Und die Konflikte werden am besten da gelöst, wo sie entstehen - in den Köpfen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorgetragen von Vladimir Esipov, ausgearbeitet von Vladimir Esipov und Evgenia Laznik.

--

Förderung der Ukraine mit Mitteln der Zivilgesellschaft

Ein wichtiger Teil des Problems ist die Entwicklung der Ukraine zu einem prosperierenden und demokratischen Staat. Hierbei hilft Deutschland bereits an verschiedenen Stellen mit verschiedenen Programmen. Dabei kann es auch auf eine vielfältige deutsch-ukrainische Zivilgesellschaft zurückgreifen. Aber auch die ukrainische Bürgergesellschaft ist an sich eine wichtige Größe, ohne die eine Lösung der Krise nicht möglich ist.



Die bisherige Förderung der Bundesregierung durch Sondermittel beurteilten die Teilnehmer jedoch als aktionistisch und unkoordiniert. Eine Strategie ist nicht zu erkennen und ein gemeinsamer Prozess der Strategieentwicklung zusammen mit der deutschen und ukrainischen Zivilgesellschaft hat nicht stattgefunden und sollte nachgeholt werden. Dem vorgreifend halten wir drei Schwerpunkte für besonders wichtig.

1 Reform der Verwaltungen, insbesondere Kommunen

Ein zentrales Problem der Ukraine liegt in der unzureichend funktionierenden, nicht transparenten und korrupten Verwaltung. Die Reform der Verwaltung und Bekämpfung der Korruption halten wir daher für zentrale Ziele.

Neben der entsprechenden Expertise der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und anderer Fachprogramme schlagen wir vor auch die Experten aus der Initiativen-Welt aktiver miteinzubeziehen. Insbesondere in den Städtepartnerschaften sind die Kommunen schon jetzt beteiligt. Es wäre aus unserer Sicht daher hilfreich diese intensiver einzubinden und zu unterstützen und neue deutsch-ukrainische Partnerschaften zwischen kommunalen Verwaltungen und den jeweiligen lokalen Initiativen anzuregen. Dies gilt natürlich auch für die Städtepartnerschaften zu russischen Städten.

2 Neues Verhältnis zwischen Bürgern und Verwaltungen

Politische Entscheidungen werden in der Ukraine traditionell innerhalb der Machteliten und Bürokraten ausgehandelt. Die Bürger haben daher kaum Einflussmöglichkeiten auf ihre Verwaltungen, außer selber korrupt zu werden, oder auf die Straße zu gehen. Eine wirkliche systematische Einflussnahme und Kontrolle der Verwaltungen durch die Bürger findet nicht statt.

Um das zu ändern müssen wir vor allem die Bürgergesellschaft stärken und sie befähigen Einfluss auf Verwaltungen zu nehmen. Dabei kommt es darauf an, die Zivilgesellschaft nicht nur in Kiew sondern in allen Regionen zu stärken.

Ebenso hat die Zivilgesellschaft bisher Probleme benachteiligte Bevölkerungsgruppen und Reformgegner einzubinden. Hier entstehen und vertiefen sich gesellschaftliche Spaltungen, die die Zivilgesellschaft mit deutscher Hilfe überwinden sollte.

Last but not least müssen zur Etablierung eines demokratischen Verhältnisses zwischen Bürgern und Verwaltung neue Modelle der partizipativen Entscheidungsfindung entwickelt und verbreitet werden. Dabei darf es nicht darum gehen, Mehrheiten zu sichern, sondern in



gemeinsamen Prozessen möglichst gute Entscheidungen zu suchen, bei denen die Interessen möglichst aller Bürger berücksichtigt werden.

3 Kriegsfolgen überwinden

Die Ukraine verdient unsere Solidarität, bei der Überwindung der Kriegsfolgen. Dazu gehört vor allem Hilfe bei der Reintegration der Binnenflüchtlinge. Auch ein genereller „Marshallplan“ der EU für die Ukraine ist notwendig. Die bisherigen Hilfen reichen nicht aus. Wichtig war allen Teilnehmenden, dass Donezk und Lugansk nicht militärisch zurückerobert werden. Eine Reintegration dieser Gebiete ist nur über Verhandlungen oder gewaltfreien Widerstand denkbar. Die Zivilgesellschaft sollte dabei unterstützt werden dieses Zusammenwachsen zu unterstützen und den Schutz aller Menschen vor bewaffneter Gewalt zu erhöhen.

Die Bundesregierung hat mit den aufgelegten Sondermitteln gezeigt, dass sie bereit ist den demokratischen Wandel in der Ukraine durch die Zivilgesellschaft zu unterstützen. Wir hoffen sehr, dass dieser Ansatz jetzt auch strategisch mit Leben gefüllt und auf die drei Schwerpunkte fokussiert wird. Damit die Zivilgesellschaft noch besser zu Frieden und Demokratie in der Ukraine beitragen kann.

Vorgetragen von Iryna Kovalchuk, ausgearbeitet von Iryna Kovalchuk und Björn Kunter.